

Stettiner



Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung.“

No. 166. **Abend-** **Sonnabend den 7. April.** **Ausgabe.** **1860.**

Deutschland.

Stettin, 7. April. Die innere Lage Deutschlands ist gegenwärtig so kläglich, ja so verächtlicher Natur, daß Napoleon, wenn er die Absicht hat, auch uns zur Raison zu bringen, keinen günstigeren Augenblick hierzu finden dürfte, ja — Gott verzeih mir's! — daß man selbst fast einen Krieg herbeiwünschen möchte, um endlich einmal aus diesem bundesstaatlichen Misere herauszukommen, das ohne einen solchen doch kein Ende nimmt, — schreibt Hans Wachenhusen in einem längeren Artikel in der „Spener-Zeitung“.

Und welches sind im Falle eines solchen Krieges unsere Bundesgenossen? Nicht Deutschland wird Napoleon den Handschuh hinwerfen, sondern Preußen; durch geschickte Agenten unterstützt, geschickt machinirend wird es ihm gelingen, unter den Kleinstaaten die Verräther der deutschen Sache zu finden; er wird den deutschen Bund sprengen, wie er die Alliance der Großmächte gesprengt hat; er wird die Sympathien gewisser Kleinstaaten für Oesterreich auszubuten und diese wenigstens zur Unthätigkeit zu veranlassen wissen. Preußen also wird im Kriegsfall in Deutschland allein stehen; die Kooperation der Bundesstruppen wird nur eine partielle sein, diese Heerde wird sich bereitwillig unter den Schutz des Wolfes retten, wenn er ihnen nur verspricht, daß er sie nicht fressen wolle — ein Versprechen, das zu geben ja so verlockend für denjenigen ist, der immer verspricht und hinterdrein thut was er Lust hat.

Seht doch nach Frankfurt hin, seht doch, was die kleinstaatlichen Herren dort treiben, bis zu welcher Reiztheit sie es schon gebracht haben! Selbst in dem Augenblicke, wo täglich eine unbedeutende, kaum drei Zeilen lange Notiz im „Moniteur“ Deutschland auf den blutigsten Krieg vorbereiten kann, selbst in diesem Augenblicke zeigen gewisse kleinstaatliche Minister eine Widerhaarigkeit gegen die drängendsten Einigungs-Maßregeln, die nur zu offen den bösen Willen verrath.

Seht, wo diese einzige Moniteur-Notiz selbst dem Zuversichtlichsten sein Vertrauen auf die Zukunft rauben und den Orlan herausbeschwören kann, wie das feine, kaum sichtbare Wölkchen am Tropenhimmel, das eine Stunde darauf ganze Striche verwüftet; jetzt bieten die Herren Alles auf, um muthwillig und schadenfroh die heillose Bundes-Konfusion noch viel konfusier zu machen. Bei Gott, wenn man sieht, wie diese sonst vor einer revolutionären Müde zitternden Herren so sorglos der höchsten Gefahr ins Auge schauen, man ist versucht zu glauben, sie wären eher zu allem Andern entschlossen, als von ihrer Handvoll Soldaten auch nur einen einzigen zur Unterstützung Preußens herzugeben! Daß sie diese Gefahr nicht begreifen sollten, ist nicht anzunehmen; daß sie aber trotzdem jede Einigung am Bundestage, die zur Herstellung einer unentbehrlichen Bundeskriegsverfassung führen könnte, zu hintertreiben suchen, kann nur von bösem Willen zeugen.

Französische Agenten durchwühlen bereits die südlichen Kleinstaaten; deutsche Zeitungen werden im Elsaß gegründet, um durch literarische deutsche Halunken für Napoleon Propaganda zu machen. Diese Agitation wird, schlau genug, nicht gegen Deutschland gerichtet, Gott bewahre, — so dumm sind die französischen Missionäre nicht, — gegen Preußen wird sie gemacht; gegen Preußen wird Alles aufgewiegelt, Preußen wird in das gehäßigste Licht gestellt, Preußen wird als der Händelsucher geschildert werden, der den ganzen deutschen Bund überschlucken wolle, bis denn diese Saat reif ist und Napoleon sich schneidet.

Von ehrlichen Waffen besetzt zu werden, wenn das Kriegsglück sich gegen einen Kämpfer entscheidet, ist keine Schande; für uns aber werden die Würfel fallen, begleitet von einer Schmach, wie sie keiner der anderen Nationen beschieden war, welche vor uns bluten mußten. Preußen wird von Verrath umgeben sein.

Berlin, 6. April. Nach einem hier eingegangenen vorläufigen Programme sollen auf dem Provinzial-Konzil zu Köln auch die wichtigsten politischen Fragen verhandelt werden, wie z. B. die Civilehe, die weltliche Herrschaft des Papstes u. s. w. Auch von hier werden hervorragende katholische Persönlichkeiten das Konzil besuchen. — Die erste Mittheilung des Erlasses des Grafen Schwerin an die Behörden in Betreff der Militärvorlagen ist nicht der Preussischen, sondern der Spenerschen Zeitung gemacht worden und man will daraus auf eine veränderte Stellung der ersteren schließen. — Wie man hört, wird dasjenige Mitglied der Fraktion Matthias, welches das bekannte Breslauer Programm unterschrieben hat, den Antrag auf ein Ministersverantwortlichkeits-Gesetz einbringen. In jenem Programm ist diesem Gesetze seine Stelle angewiesen. — Von Görlich war in diesen Tagen eine Magistratsperson hier, um bei dem Kultusminister auszuwirken, daß die Zahl der Lehrer am Gymnasium um zwei vermindert und diejenige an der Realschule dafür um zwei vermehrt würde. Der Minister ist nicht darauf eingegangen, die Lehrkräfte des Gymnasiums zu schwächen. — Eine Aenderung des Personalstandes des Herrenhauses ist unter der Regenschaft nicht zu erwarten, wenn-

gleich die Nothwendigkeit einer solchen Aenderung in maßgebenden Kreisen für unabweisbar erachtet wird.

Genealogische Studien haben ergeben, daß der bekannteste Gegner der jüdischen Kreistagsmitglieder ein Nachkomme jener sogenannten Ohsengrafen aus Schlesien ist, deren Ahnherr sich taufen ließ, um wegen seiner Verdienste, Ohsenlieferungen betreffend, vom König Friedrich in den Adelsstand erhoben zu werden. — Die Kommandeure der Artillerieregimenter, welche den Versuchen mit gezogenen Geschützen hier beigewohnt haben, kehren Anfangs nächster Woche zu ihren ungezogenen Geschützen zurück.

Die „Nationalzeitung“ setzt ihre Polemik gegen das Ministerium fort. In ihrem heutigen Leitartikel, überschrieben: Die Opposition gegen die Militärvorlagen, beleuchtet sie das bereits erwähnte Reskript des Ministers des Innern. Sie ist der Ueberzeugung, daß, wie bereits in der Finanzpolitik, so auch in der innern Politik eine Umwandlung vorgehe, welche mit dem Charakter des Liberalismus nicht mehr vereinbar ist. Die Landwehrverfassung sei eine wirklich liberale, auf welche man jetzt aber kein Vertrauen mehr setze, die Heeresvorlage vertraue nicht mehr der moralischen Kraft jener, sondern der militärischen Disziplin und der Schulung des Heeres durch lange Dienstzeit. In seinem Reskripte habe der Minister des Innern unterlassen, die Unklarheiten, Täuschungen und Irreleitungen näher zu charakterisiren.

An Stelle des ausgeschiedenen Herrn v. Hilgers wählten die am 3. April in Neuwed versammelten Wahlmänner der Kreise Neuwed, Altenkirchen und Wehlar mit 164 Stimmen den Hüttenbesitzer Albert Remy aus Neuwed zum Mitgliede des Abgeordnetenhauses. 149 Stimmen fielen auf den Kreisgerichtsrath Wienhard zu Altenkirchen.

Reisende, die von Böhmen kommen, erzählen, daß an der böhmisch-schlesischen Grenze ungemein viel Militär steht, und Grenzstädte, wie z. B. Skalitz, welches nie Garnison hatte, jetzt eine solche haben. Besonders stark ist die Kavallerie vertreten; es sollen circa 24 Schwadronen längs der Grenze stationirt sein.

Regierungsrath Rudloff, bisher Mitglied des hiesigen königlichen Polizeipräsidii, ist zur Regierung nach Oppeln versetzt und bereits nach seinem neuen Wohnorte abgegangen. Dagegen ist der Polizei-Direktor Rassel, bisher Chef der Polizei-Direktion in Düsseldorf und bekanntlich nach deren Auflösung an das hiesige Polizei-Präsidium versetzt, bereits hier eingetroffen. Welche Stellung Herr Rassel hier einnehmen wird, soll noch nicht bestimmt sein, man glaubt jedoch, daß er an die Spitze der vereinigten Kriminal- und Sittenpolizei gestellt werden wird. Es war dieser Beamte schon früher beim hiesigen Polizei-Präsidio beschäftigt, und zwar als Amtsnachfolger des verstorbenen Polizei-Direktor Schulz.

Im Laufe der letzten 8—14 Tage sind so ungewöhnlich viele Feuer in der Stadt gewesen, daß die Feuerwehr fast gar nicht außer Thätigkeit gekommen und an manchen Tagen 3—4 Mal allarmirt worden ist. Als die Feuerwehr gestern Morgen zur Löschung eines Brandes ausrückte, ereignete sich an einem der Omnibuswagen, während er im schnellsten Laufe durch die Friedrichstraße rasselte, in der Nähe der Taubenstraße der Unfall, daß eine Achse zerbrach, der Wagen dadurch aufstippte und die ganze Besatzung von ungefähr 24 Feuerwehrleuten im Schwunge von den glatten Sitzbänken auf das Straßenpflaster hinabglitt und glücklicherweise ohne jede Verletzung und Beschädigung zur Erde gelangte.

Bielefeld, 4. April. In den Kreisen Bielefeld, Halle und Wiedenbrück, welche einen gemeinsamen Wahlbezirk bilden, ist bei den Wahlmännern folgende Erklärung zum Unterzeichnen in Umlauf gesetzt: Die Unterzeichneten u. s. w. fühlen sich veranlaßt, den von ihnen erwählten Abgeordneten in Betreff des Landesvertretung vorliegenden Gesetzentwurfes über die Heeres-Reorganisation ihre Anschauungen hinsichtlich folgender Punkte mitzutheilen: 1. Sie billigen die Ausdehnung der Wehrpflichtigkeit auf alle wehrbaren Söhne des Landes. 2. Sie glauben jedoch, daß diese Maßregel durchzuführen ist, ohne daß die schon fast bis zum Neufirsten angespannte Steuerkraft des Staates in noch stärkerem Maße in Anspruch genommen zu werden braucht. 3. Sie halten es zugleich für wünschenswerth, daß durch eine nicht zu lange Dienstzeit dem Lande die Arbeitskräfte in möglichst geringem Maße entzogen werden. 4. Sie ersuchen daher die von ihnen erwählten Abgeordneten, so weit es mit deren eigener Ansicht übereinstimmt, zwar für die strenge Durchführung der allgemeinen Wehrpflichtigkeit sorgen zu wollen, jedoch nur unter der Voraussetzung einer kürzeren Dienstzeit und der Bedingung, daß die Ausgaben für das Militärwesen nicht erhöht werden, so wie zugleich unter möglichster Rücksichtnahme auf Beibehaltung der bisherigen Landwehr-Verfassung.

Aus **Mecklenburg-Schwerin** wird geschrieben: „Die schon seit einiger Zeit kursirenden Gerichte wegen Unterhandlungen der mecklenburgischen Regierung mit einer englischen Gesellschaft wegen des Baues der schon seit Jahren projektirten mecklen-

burgischen Ostbahn (von Güstrow auf Stettin) haben neuerdings größere Bestimmtheit angenommen. Es scheint keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß die Unterhandlungen sehr ernstlich betrieben und dem Abschlusse nahe sind. Wie man sagt, fehlt es nur noch an der Zustimmung der preussischen Regierung, um welche man sich diesseits jetzt angelegentlich bemüht. Eine in diesen Tagen von dem Finanzminister v. Levegow unternommene Reise nach Berlin steht ohne Zweifel zu dem Unternehmen in naher Beziehung. Eine Verpflichtung der mecklenburgischen Eisenbahn-Gesellschaft zu dem projektirten Bau soll aufgegeben sein und der Contract lediglich zwischen der Regierung und der fremden Unternehmer-Gesellschaft zum Abschluß gebracht werden. Der mecklenburgischen Eisenbahn-Gesellschaft kann damit nur gedient sein, da sie den Nutzen des Unternehmens genießt, ohne an dem Risiko sich betheiligen zu müssen.“

Oesterreich.

Aus **Friest, 29. März**, wird der Times über die Unterschleife im Heerwesen geschrieben: „Das Deficit beläuft sich auf die ungeheure Summe von nicht weniger als 17,000,000 Gulden, wovon 300,000 Gulden einigen der bedeutendsten Capitalisten unserer Stadt zugeschrieben werden. Einer ist verhaftet worden, zwei sind geflohen, und andere müssen sich die Durchsicht ihrer Bücher, Papiere u. c. gefallen lassen. Das Seltsamste bei der Geschichte ist aber jedenfalls etwas, das nur sehr wenig bekannt ist. Es heißt, und in Anbetracht der Quelle, aus der ich es vernehme, halte ich es für wahr, bei der berühmten Zusammenkunft der beiden Kaiser zu Villafranca, wo Napoleon und Franz Joseph drei Viertelstunden lang so gut wie allein waren, habe Jener zu Diesem gesagt: „Ew. Majestät würden wohl daran thun, auf freundschaftliche und gut gemeinte Rathschläge zu hören. Sie sind von Verräthern umgeben. Ew. Majestät glaubt, die Festung Mantua sei auf sechs Monate verproviantirt. Ich sage ihnen — hierbei erhob er emphatisch den Finger, — es ist auf keine sechs Tage mit Lebensmitteln versehen. Prüfen Sie, ob das, was ich Ihnen sage, wahr ist, und handeln Sie demgemäß.“ Die Sache stellte sich als richtig heraus und lieferte außerdem einen neuen Beweis von der unendlichen Ueberlegenheit des französischen Spionir-Systems über das österreichische.“

Italien.

Turin, 2. April. Man glaubt, Ratazzi und seine Partei werden die Abtretung Savoyens im Parlamente sehr heftig bekämpfen. Schon erklärt sein Organ, es hoffe, Cavour werde dem Parlamente die Beweise vorlegen, daß er Alles gethan habe, um „diese unselbige Nothwendigkeit fern zu halten.“ Die Regierung wird gleich nach der Verhandlung über die Annexion von Nizza und Savoyen den Abtretungs-Vertrag auf die Tagesordnung setzen lassen und die ganze diplomatische Correspondenz auf den Tisch des Parlamentes niederlegen. — Der Bericht des Staatsrathes über die Excommunication ist ausgetheilt. Der hohe Rath erklärt, daß der päpstliche Hof kein Recht gehabt habe, aus Anlaß der letzten Ereignisse den König von Sardinien zu excommuniciren, und daß daher Jedermann auf das strengste und unter Androhung der schärfsten Strafe verboten werde, die Excommunication zu veröffentlichen. — Die Rede des Königs hat allgemeinen Beifall gefunden. Die Begeisterung beim Empfange des Königs in- und außerhalb des Parlamentes war groß.

Der turiner Gemeinderath gewährt allen Militärs und Beamten aus Savoyen und Nizza, welche die sardinische Staats-Bürgererschaft beibehalten wollen, das Bürgerrecht von Turin.

Aus **Neapel**, vom 31. März, wird gemeldet, daß der Entschluß der Regierung, nicht in den römischen Staaten zu interveniren, bekannt und allgemein günstig aufgenommen worden war.

Rom, 31. März. Kardinal Antonelli hielt einen Ministerrath, der sich mit der Concentrations-Frage der Truppen beschäftigte. Man möchte namentlich die noch im Fort St. Urbano zu Perugia gelassene Abtheilung des Fremden-Regiments nicht von dort nach Ancona oder nach Rom versetzen, weil bei ihrer Entfernung ein Aufruhr unausbleiblich ist; andererseits sieht man ein, daß das Corps allzu vereinigt steht und beim Weiter-Umschgreifen der Annexions-Bewegung einem Volks-Aufbruch als Opfer fallen muß. Die ministerielle Beratung führte bei der Getheiltheit der Meinungen zu keinem Resultate.

Schweiz.

Die telegraphischen Depeschen haben gezeigt, daß die Kommissionen der beiden Räte in der zwölften Stunde schwankend geworden sind, und daß endlich die Anträge des Bundesraths mit glänzender Majorität von den beiden Räten angenommen worden sind. Die Zeitungsberichte reichen noch nicht so weit, aber indem sie den Umschwung ahnen lassen, deuten sie zugleich auf die Ursachen desselben hin, nämlich die Aufregung, welche das Verhalten der Kommissionen hervorgerufen und dann das rechtzeitige Eintreffen der Nachricht, daß die Großmächte den Bund zu unterstützen entschlossen sind, daß dieser also einen Erfolg schon erreicht

